

Auf dem Unterbezirksparteitag am 31.05.2023 hat die SPD Herne beschlossen:

Für einen echten Neustart in der Hochschulpolitik.

Der Unterbezirksparteitag der SPD Herne fordert die Gremien der Bundespartei auf, dass sich die SPD für eine Neugestaltung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) entsprechend den Forderungen der GEW und der TV-Stud-Bewegung einsetzt. Insbesondere beinhaltet dies:

- Schaffung von mehr Dauerstellen für Lehrkräfte und Postdocs statt Höchstbefristung
- Feste Mindestvertragslaufzeiten für studentische und wissenschaftliche Mitarbeiter*innen
- Keine Befristung ohne Entfristungszusagen für Postdocs
- Tarifverträge und Mitbestimmung auch für studentische Mitarbeiter*innen

Begründung:

Wer an deutschen Hochschulen und Universitäten arbeiten möchte, muss sich meist von befristetem Vertrag zu befristetem Vertrag hangeln. Kettenbefristungen und Befristungen von sechs Monaten oder einem Jahr sind keine Ausnahmen, sondern die Regel.

Die Folgen dieser Arbeitsbedingungen sind an vielen Lehrstühlen nur noch schwer zu übersehen: Seminare und Vorlesungen, die nicht fachgerecht oder auch gar nicht besetzt werden können, führen nicht nur zu längeren Wartezeiten und Studienzeiten für Studierende, sondern auch zu einer höheren Arbeitsbelastung für die Lehrkräfte. So leidet die Lehre und die Forschung bleibt ganz auf der Strecke.

Entsprechend sind in den letzten Jahren die Forderungen nach einer Überarbeitung des WissZeitVG immer lauter geworden und auch die aktuelle Bundesregierung ist mit dem Wunsch nach einer Reformierung der Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft angetreten.

Die vom Bundesministerium für Bildung vorgestellten Pläne würden jedoch im Gegenteil die Arbeitsbedingungen für einen Großteil der Angestellten verschlechtern und auch die wenigen Verbesserungen, etwa Mindestvertragslaufzeiten von einem Jahr für studentische Hilfskräfte, bleiben noch hinter den Forderungen der Gewerkschaften und der TV-Stud-Bewegung zurück. Ginge es nach dem von der FDP geführten Ministerium, so dürften Postdocs etwa nur noch drei Jahre befristet angestellt werden statt wie zuvor sechs Jahre. Mehr noch als bisher schon, würde dies den Verlust vieler junger Wissenschaftler*innen für die Universitäten und Hochschulen bedeuten.

Begründet wird dies damit, dass die Befristungen eine Verstopfung des Systems verhindern würden und notwendig für die Forschung seien. Nicht nur in Zeiten von sinkenden Studierendenzahlen und massivem Fachkräftemangel, ist diese Begründung geradezu zynisch. Denn in der Realität sorgen die Ausnahmen, die das WissZeitVG für Befristungen schafft, dafür, dass hochqualifizierte junge Menschen der Wissenschaft verloren gehen, wenn sie etwa auswandern oder ihr sogar ganz den Rücken kehren.

Damit Deutschland als Wissenschaftsstandort attraktiv wird für angehende Wissenschaftler*innen, benötigt es daher dringend eine echte Neugestaltung der Arbeitsbedingungen an Universitäten und Hochschulen: Weg von Befristungen, hin zu mehr Tarifgebundenheit.